

HUMAN RIGHTS AND HIV/AIDS
Now More Than Ever

GERMAN EDITION

**MENSCHENRECHTE
UND HIV/AIDS
JETZT ERST RECHT**

10 REASONS WHY HUMAN
RIGHTS SHOULD OCCUPY
THE CENTER OF THE
GLOBAL AIDS STRUGGLE

**10 Gründe, warum Menschenrechte im Zentrum
des globalen Kampfes gegen Aids stehen sollten**

Auf dem Spitzentreffen der Vereinten Nationen zu HIV/Aids im Jahre 2006 bestätigten die führenden Vertreter der Nationen der Welt, dass die "vollständige Verwirklichung aller Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten für alle Menschen ein wesentliches Element im weltweiten Kampf gegen die HIV/Aids-Pandemie" ist. Trotzdem fehlt dieses "grundlegende Element" im Kampf gegen Aids auch noch nach 25 Jahren des Bestehens der Aids-Epidemie.

Mit der vorliegenden Deklaration, die von 24 Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken aus aller Welt getragen wird, wird bestätigt, dass Menschenrechte jetzt noch stärker als je zuvor in den Mittelpunkt des Kampfes gegen HIV und Aids gestellt werden müssen.

1. Ohne Menschenrechte kann ein universeller Zugang nicht gesichert werden.

Im Jahr 2006 verpflichteten sich die Führer der Staaten der Welt, "alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel der Sicherung des universellen Zugangs zu umfassenden Vorbeugungsprogrammen, Behandlung, Betreuung und Unterstützung bis 2010 zu erreichen". Trotzdem haben immer noch viele Menschen, die HIV-Hilfe am dringendsten benötigen, die schlechtesten Chancen, diese zu bekommen:

- ▶ Frauen und Mädchen werden oft diskriminiert und Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt auch in der Ehe, wodurch ihr HIV-Risiko erhöht wird und ihr Zugang zu Information und Hilfe erschwert wird;
- ▶ Kinder und Jugendliche erhalten keinen uneingeschränkten Zugang zu Informationen bezüglich HIV, zu sexueller Erziehung und zu Unterstützung zum Er-

langen der sozialen Mündigkeit sowie zu kindgerechten HIV-Medikamenten;

- ▶ kriminalisierte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Männer, die Sex mit Männern haben, Menschen, die Drogen nehmen und Sex-Arbeiter/innen, werden durch Diskriminierung und Gewalt - oft ausgeübt von Polizisten und Richtern, die Gesetze gegen Sodomie, Drogen und Prostitution durchsetzen sollen - am Zugang zu Angeboten der HIV-Prävention und Behandlungen gehindert.

In allen Beratungen auf regionaler und nationaler Ebene zum universellen Zugang werden Hindernisse wie die oben aufgeführten als wesentliche Barrieren auf dem Weg zum Erreichen des Ziels, einen universellen Zugang zu sichern, genannt. Trotzdem gibt es in nationalen Aktionen gegen HIV und Aids kaum politischen Willen, finanzielle Mittel oder Programme zu ihrer Beseitigung.

Die Franzosen haben einen einfachen Begriff, der die Situation vollständig beschreibt: HIV ist zu einem Problem der les exclus - der "Ausgeschlossenen", d.h. derer, die am Rande der Gesellschaft leben, geworden.

- Jonathan Mann, 1998

2. Ungleichbehandlung der Geschlechter vergrößert die von HIV ausgehende Gefahr für Frauen, so dass in stark betroffenen Ländern jetzt die Infektionsrate unter Frauen und Mädchen am höchsten ist.

Zur Zeit sind fast die Hälfte der HIV-Infizierten weltweit und die Mehrheit der HIV-Infizierten im subsaharischen Afrika Frauen. Dies ist auf die tiefgehende politische, soziale, wirtschaftliche und sexuelle Unterdrückung der Frauen, die gesetzlich festgeschrieben und in Kultur und Lebensweise verankert ist, zurückzuführen. Diskriminierung, Stigmatisierung und Gewalt gehören auch zur täglichen Wirklichkeit im Leben vieler Frauen mit HIV und Aids.

- ▶ In vielen Ländern werden für Frauen die Möglichkeiten Eigentum zu besitzen, zu erben oder zu verkaufen, eingeschränkt. Frauen sind benachteiligt beim Zugang zu Bildung, zu Krediten, bezahlter Beschäftigung und Scheidung. Aufgrund rechtlicher und sozialer Ungleichheit sind Frauen von ihren Ehemännern wirtschaftlich abhängig und haben damit kaum andere Möglichkeiten, als in Beziehungen zu leben, in denen sie weder Sex ablehnen können, noch auf der Verwendung von Kondomen bestehen können. Oft versinken Frauen aufgrund des Todes ihres Ehemannes oder der Auflösung ihrer Ehe in Armut und haben so wenige Möglichkeiten und Auswege, dass sie Sex verkaufen müssen, um zu überleben, oder sich auf Wohn- und Arbeitsverhältnisse einlassen müssen, in denen sie sexuellem Missbrauch oder Gewalt ausgesetzt sind. Jeder dieser Faktoren erhöht für Frauen das Risiko einer HIV-Infektion.
- ▶ Gewalt gegen Frauen ist eine globale Epidemie, die zu hohen HIV-Infektionsraten unter Frauen führt. Frauen haben ein höheres HIV-Infektionsrisiko eher aufgrund erzwungener als freiwilliger sexueller Handlungen. Gewalt und die Angst vor

Gewalt können Frauen davon abhalten, sich auf HIV testen zu lassen, auf der Verwendung von Kondomen zu bestehen oder ihre Sexpartner über ihren HIV-Status aufzuklären. In vielen Ländern weigern sich die zuständigen Stellen, Vergewaltigung in der Ehe als Vergehen anzuerkennen. Selbst dort, wo Gewalt gegen Frauen gesetzlich verboten ist, werden die entsprechenden Gesetze oft nicht durchgesetzt. In vielen Ländern haben Opfer von Vergewaltigung und sexueller Gewalt kaum Hoffnung auf Bestrafung der Schuldigen aufgrund unzulänglicher polizeilicher Untersuchungen sowie Vorurteilen und Korruption der Justiz. Überlebende sexueller Gewalt erhalten auch selten Zugang zu Prophylaxe gegen HIV-Infektion.

- ▶ Für viele Frauen mit HIV und Aids bleibt das Gesundheitswesen ein System, in dem sie sich Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt sehen, statt Behandlung und Betreuung zu finden. Überall in der Welt fehlt es aufgrund gesetzlicher und praktischer Einschränkungen in bedauernswertem Maße an umfassenden Leistungen der Reproduktionsmedizin, die den Kern der HIV-Prävention für Frauen und Mädchen bilden. Wenn festgestellt wird, dass eine Frau HIV-positiv ist, wird ihr die Schuld dafür gegeben und sie wird deswegen beschimpft. Dadurch werden Frauen davon abgehalten, sich auf HIV testen zu lassen oder sich behandeln zu lassen. Wenn Frauen mit HIV oder Aids schwanger werden, werden sie oft durch die Mitarbeiter im Gesundheitswesen verurteilt oder Beschuldigungen ausgesetzt, statt bewährte Behandlungen zu bekommen, die eine Übertragung des Virus von der Mutter auf das Kind verhindern.

3. Beim Umgang mit HIV werden die Rechte und Bedürfnisse der Kinder oft ignoriert, obwohl sie vielerorts die am schlimmsten Betroffenen sind.

HIV ist eine Epidemie, die vor allem unter jungen Menschen auftritt. In erschreckender Zahl werden Kinder mit HIV geboren, obwohl es bewährte Verfahren gibt, um eine Übertragung des Virus während der Schwangerschaft und der Geburt zu verhindern. Über die Hälfte der HIV-Infizierten weltweit sind zwischen 15 und 24 Jahren alt, obwohl das Wissen um HIV und Aids sowie deren Ursachen größer ist als je zuvor. Waisenkindern oder von Aids betroffenen Kindern wird ihr Grundrecht auf sozialen Schutz verweigert, obwohl ihre Zahl allein im subsaharischen Afrika Dutzende Millionen beträgt.

- ▶ Obwohl in den entwickelten Ländern die Übertragung des HIV von der Mutter auf das Kind praktisch ausgeschlossen werden kann, erhalten weniger als ein Prozent der schwangeren Frauen in den Entwicklungsländern die Behandlung, mit der die Übertragung des Virus auf ihre Kinder verhindert wird. Im Ergebnis dessen werden täglich ca. 1.500 Kinder neu mit HIV infiziert. Diese Ungerechtigkeit könnte noch dadurch ausgeglichen werden, dass die Kinder Zugang zu denselben lebensverlängernden HIV-Medikamenten wie die Erwachsenen bekämen, aber fast 90 Prozent der Kinder erhalten nicht die Behandlung gegen HIV, die sie benötigen.
- ▶ Jungen Menschen, die sich durch Sex oder intravenösen Drogengebrauch mit HIV infizieren, fehlt oft der Zugang zu grundlegenden Informationen und Leis-

tungen zu Vorbeugung gegen HIV und auch zu unabhängigen HIV-Tests, Beratung, Kondomen und Behandlung. In Schulen und Jugendprogrammen findet man oft statt offener und umfassender Information zu sexueller und reproduktiver Gesundheit eine Betonung von Enthaltsamkeit und sexueller Tugendhaftigkeit. Junge Menschen, die Drogen injizieren, sehen sich oft Einschränkungen beim Zugang zu sterilen Nadeln und oraler Methadon-Substitutionstherapie zur HIV-Prävention gegenüber.

- ▶ Waisen und Kinder in von Aids betroffenen Familien, deren Zahl allein im subsaharischen Afrika in die Dutzende Millionen geht, werden immer wieder missbraucht, ausgebeutet, diskriminiert und von Verwandten um ihr Eigentum gebracht, statt die Betreuung und den Schutz zu bekommen, die sie brauchen. Von Aids betroffene Kinder scheiden öfter als ihre Altersgenossen vorzeitig aus der Schule aus. Dies stellt eine systematische Diskriminierung bezüglich des Zugangs zu Bildung dar. Da Aids ganze Generationen von Eltern auslöscht, bleibt die Betreuung der Waisen und schutzbedürftigen Kinder oft alternden Großmüttern überlassen, deren Arbeit nicht gemessen, geschätzt oder vergütet wird. So wie den von ihnen betreuten Kindern wird auch diesen alten Menschen das Recht auf Schutz in den Ländern, in denen es keine Kinder- und Sozialhilfesysteme gibt, verwehrt.

4. Die am schlimmsten Betroffenen finden in nationalen HIV-Programmen am wenigsten Beachtung.

Viele der Menschen mit dem höchsten Risiko, sich mit HIV zu infizieren, haben eines gemeinsam: sie werden durch das Gesetz faktisch kriminalisiert. Polizisten, die mit der Durchsetzung von Gesetzen gegen Drogen, Prostitution und Homosexualität beauftragt sind, erpressen in vielen Ländern immer wieder Geld und Geständnisse von schutzlosen Menschen und begehen manchmal abscheuliche Gewalttaten gegen sie - einschließlich Vergewaltigung und Mord. Die Bestrafung von Drogenkonsum, Sexarbeit und Homosexualität fördern die Stigmatisierung und den Hass gegen soziale Randgruppen, zwingen sie, sich immer mehr zu verstecken und treiben sie damit immer weiter weg von Vorbeugung, Behandlung und Milderung der Auswirkungen von HIV und Aids.

- ▶ In vielen Ländern stellen Menschen, die illegale Drogen nehmen, den kleinsten Anteil der Personen, die eine HIV-Therapie erhalten, obwohl sie den Hauptanteil derer ausmachen, die HIV haben. Strikte Anti-Drogengesetze führen dazu, dass Drogenkonsumenten faktisch kriminalisiert werden und dies führt wiederum dazu, dass Polizisten Geld und Geständnisse von gefährdeten Personen erpressen, um die Verhaftungsquoten zu erfüllen. Menschen, die Drogen nehmen, werden ins Gefängnis gesteckt oder enden in einem Teufelskreis aus unwirksamen und erzwungenen Rehabilitationsprogrammen. Sie erhalten nur selten die Leistungen und Behandlungen, die sie aufgrund ihrer Drogensucht oder HIV-Infektion eigentlich dringend benötigen.
- ▶ Sexarbeiter/innen, die aufgrund von Gesetzen zum Verbot von Prostitution, Anbieten sexueller Handlungen, Zuhälterei, Betreiben von Bordellen und Menschenhandel ebenfalls der strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt sind, haben oft keinen Zugang zu HIV-Leistungen aufgrund weit verbreiteten Missbrauchs durch die Polizei. Die Vertreibung von Sexarbeiter(inne)n aus sich wirtschaftlich entwickelnden Gebieten schränkt den Zugang der Sexarbeiter/innen zu HIV-Leistungen, die von den Gemeinden angeboten werden, weiter ein. Die Tatsache, dass sie in Gesundheitseinrichtungen auf Vorurteile und Zwang treffen, hält sie davon ab, die-

se zu HIV-Behandlungen und Betreuung aufzusuchen. Aggressive Anstrengungen zur Bekämpfung von Menschenhandel führen oft dazu, dass Programme, die auf die Gesundheit und Sicherung der Menschenrechte für Sexarbeiter/innen gerichtet sind, abgelehnt werden.

- ▶ Homosexuelle Männer sind weltweit häufig Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. In vielen Ländern wird Homosexualität kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Die Tatsache, dass Aids immer noch das stereotype Etikett anhaftet, es wäre eine "Schwulen"-Krankheit, fördert die soziale Ausgrenzung sowohl homosexueller Männer als auch HIV-Infizierter und hält oft beide Gruppen dem öffentlichen Gesundheitswesen fern. In vielen Rechtssystemen ist es wahrscheinlicher, dass Polizisten Homosexuelle Männer oder Transsexuelle lächerlich machen oder von einer Strafverfolgung wegen gegen sie gerichteter Gewalt absehen, statt diese Verbrechen ordnungsgemäß zu untersuchen. In vielen Ländern unterstützen Politiker Vorurteile gegenüber Homosexuellen eher, als dass sie den politischen Willen zeigen, der für den Kampf gegen HIV in gefährdeten Gruppen erforderlich ist.
- ▶ In vielen Ländern haben Gefangene wenig oder keinen Zugang zu freiwilligen HIV-Tests beziehungsweise zur Behandlung. Sie erhalten oft keinen Zugang zu Informationen darüber, wie man HIV vorbeugen kann, und zu den dafür nötigen Hilfsmitteln. Dies geschieht oft auch dort, wo dies außerhalb der Gefängnisse kein Problem ist. Oft werden ihnen Kondome beziehungsweise sterile Nadeln vorenthalten, obwohl es deutliche Hinweise darauf gibt, dass dies wirksame Mittel der Vorbeugung gegen HIV sind, und die übrigen Gefängnisinsassen dadurch keinem Risiko ausgesetzt werden. Die Abtrennung HIV-positiver Gefangener, fehlende medizinische Versorgung und das Fehlen wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung von Vergewaltigungen in den Gefängnissen gehören zu den vielen Menschenrechtsverletzungen, die die Ausbreitung von HIV fördern und die Auswirkungen von Aids in Gefängnissen und anderen Strafanstalten überall in der Welt verschärfen.

5. Wirksame HIV-Prävention, Behandlungs- und Betreuungsprogramme werden angegriffen.

Während der vergangenen 25 Jahre wurde immer wieder bewiesen, dass HIV-Programme dann am wirksamsten sind, wenn sie auf freiwilliger, informierter und offener Mitarbeit mit einem auf wissenschaftlicher Grundlage tätigen Gesundheitswesen beruhen. Dabei müssen die Menschen über HIV informiert und aufgeklärt und dabei unterstützt werden, sich gesundheitsbewusst zu verhalten. Es müssen ihnen bewährte Mittel zur Vorbeugung und Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden, bei denen die Realität des Lebens berücksichtigt wird und ihnen die Wahl des wirksamsten Mittels ermöglicht wird. Allerdings sind in der jüngeren Vergangenheit bewährte HIV- und Aids-Leistungen in bisher ungekannte Gefahr geraten, da Tendenzen hin zu zwangsweiser Einbeziehung und "Null-Acht-Fünfzehn"-Programmen um sich greifen.

- ▶ In vielen Ländern, in denen hart um die Sicherung eines Zugangs zu umfassenden Angeboten zur Vorbeugung gegen die sexuelle Übertragung von HIV gerungen wurde, führte der Druck ausländischer Spender, konservativer religiöser Kräfte und anderer ideologischer Gruppen zu Einschränkungen bezüglich Informationen, in denen der Schwerpunkt auf sicherem Sex und Kondom-Verwendung liegt. Dadurch wird jungen Menschen der Zugang zu lebensrettenden Informationen zur Prävention von HIV verwehrt. Junge Frauen haben so keinen Zugang zu Informationen zu reproduktiver Gesundheit und entsprechenden Leistungen und Männern und Frauen wird der Zugang zu Kondomen und umfassender Information zu HIV verwehrt.
- ▶ In vielen Ländern greifen die Regierungen zu Zwangsmaßnahmen zur HIV-Prävention, wie zum Beispiel zu ihrer Verteilung "leichtsinniger" oder "fahrlässiger" HIV-Exposition beziehungsweise –Übertragung und zu Zwangstests auf HIV ohne informierte Zustimmung der Betroffenen. Hierdurch kann die Stigmatisierung der HIV-Infizierten gefördert werden und die Menschen können davon abgehalten werden, die gesundheitliche Betreuung, die sie benötigen, in Anspruch zu nehmen.
- ▶ Trotz des Risikos, das ungeschützter Sex sowohl für die Anbieter als auch für die

Nutzer sexueller Dienstleistungen in sich birgt, werden in vielen Ländern von der Polizei Kondome bei Sexarbeiter(inne)n beschlagnahmt und als Beweis für illegale Prostitution verwendet. Kürzlich wurden vielen Organisationen, die mit Sexarbeiter(inne)n arbeiten, finanzielle Mittel verweigert, falls sie nicht dazu übergingen, ausdrücklich gegen Prostitution vorzugehen - eine Forderung, die eine Einschränkung der Meinungsfreiheit darstellt und Anstrengungen, achtungsvoll mit Sexarbeiter(inne)n zu arbeiten, um HIV vorzubeugen und ihnen Betreuung und Behandlung anzubieten, untergräbt.

- ▶ Auf die UNO und viele Regierungen ausgeübter Druck hat dazu geführt, dass die offizielle Unterstützung für Spritzenaustauschprogramme - eine der am besten bewährten Methoden der HIV-Prävention unter Menschen, die Drogen injizieren - verringert wurde. Spritzenaustauschprogramme und Methadon-Substitutionstherapie bleiben gesetzlich oder politisch eingeschränkt, obwohl unwiderleglich bewiesen wurde, wie wirksam sie sind. Selbst dort, wo solche Programme legal sind, kann es sein, dass Drogenkonsumenten sie nicht in Anspruch nehmen, weil sie dabei das Risiko eingehen, wegen Besitzes von Drogenbestecken oder verbotenen Substanzen verhaftet zu werden.
- ▶ Weltweit haben Menschen, die Opioide zur Schmerzlinderung brauchen, keinen Zugang zu diesen Schmerzmitteln. Trotz einigen Fortschritten gelingt es Ländern, in denen HIV und Aids besonders häufig auftreten, nicht, eine ausgewogene Politik der Bekämpfung illegalen Drogenkonsums einerseits und der Ermöglichung des Einsatzes von Morphinen für medizinische Zwecke andererseits zu entwickeln. Einschränkungen für den Import und die Verschreibung von Morphinen bestehen fort und sind häufig zurückzuführen auf übertriebene Angst vor Morphin-Abhängigkeit und das Versagen der Regierungen, der Ärzte/Ärztinnen und anderen Mitarbeiter/innen des Gesundheitswesens über die Bedeutung von Morphinen für die palliative Behandlung von Aids und anderen zum Tode führenden Krankheiten aufzuklären.

6. Aids-Aktivisten riskieren ihre Sicherheit, wenn sie die Regierungen auffordern, den Zugang zu HIV- und Aids-Programmen zu verbessern.

In vielen Ländern sind Aktivisten, die Zugang zu HIV- und Aids-Programmen fordern, Bedrohungen durch Zensur, Verleumdung, Gewalt, Gefangennahme und anderen Repressalien durch ihre Regierungen ausgesetzt. Egal, ob es südafrikanische Aktivisten sind, die Zugang zu anti-retroviraler Behandlung fordern, chinesische Bauern, die Entschädigung für die Infektion mit HIV durch ein staatliches Blutplasma-Spende-Programm fordern, marokkanische Demonstranten, die gegen einen zu weit gehenden Patentschutz im Freihandelsabkommen zwischen Marokko und den USA protestieren, nepalesische

Transsexuelle, die versuchen, Informationen zu HIV und Kondome zu verteilen oder Drogenkonsumenten in Thailand, die gegen den gewaltsamen "Krieg gegen Drogen" in ihrem Heimatland protestieren - friedliche Demonstrationen von Aids-Aktivisten stießen auf Einschüchterung und gewaltsame Auflösung. Gesetze, die Auflagen für die Gründung von Nichtregierungsorganisationen vorsehen, machen es für die Zivilgesellschaft noch schwieriger, eine unabhängige Organisation zu schaffen, die für eine vernünftige und wirksame Aids-Politik in ihren Ländern eintritt.

Von Anfang an gab es im Bewusstsein der Öffentlichkeit eine starke Verbindung zwischen HIV/Aids und an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen, die "anders" sind oder "von der gesellschaftlichen Norm abweichen". Aus der Sicht des Gesundheitswesens und der Menschenrechte ergibt sich daraus die Frage: Was wäre wirksamer - die fortgesetzte Unterdrückung ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen oder eine Zusammenarbeit mit ihnen, bei der ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden?

- Joanne Csete, 2005

7. Der Schutz der Menschenrechte ermöglicht den Schutz der Gesundheit.

Der Schutz aller Menschenrechte stellt den Schlüssel zum Schutz der Gesundheit der Menschen dar. Ausgehend von diesem Grundsatz haben Menschenrechtsaktivisten große Erfolge im Kampf gegen Aids errungen: das Recht auf Nichtdiskriminierung wegen des HIV-Status, das Recht auf Behandlung als Teil der medizinischen Versorgung und das Recht der Menschen mit HIV und Aids, an der Entwicklung von Aids-Politik und -Programmen teilzunehmen. Trotzdem wurden diese Aktivisten von Einigen dafür kritisiert, dass sie angeblich "individuelle Rechte" für wichtiger hielten, als die öffentliche Gesundheit. Es ist jedoch so, dass Menschenrechte ein wesentlicher Faktor für die öffentliche Gesunderhaltung und eine erfolgreiche Bekämpfung von HIV sind.

- ▶ Menschenrechtsaktivisten gehörten zu den ersten, die betonten, wie wichtig ein breiterer Zugang zu HIV-Tests als Teil des Rechtes, den bestmöglichen Gesundheitszustand zu erreichen, ist. Vor kurzem haben Personen, die "routinemäßige" HIV-Tests fordern, Menschenrechtsaktivisten angeklagt, sie würden der Beachtung der drei Faktoren Einverständnis, Beratung und Vertraulichkeit (auf Englisch: drei Cs - consent, counseling, confidentiality, Anm. d. Ü.) mehr Bedeutung zumessen, als der Bedeutung einer breiten und frühzeitigen Erkennung von HIV-Infektionen. Es ist

jedoch möglich, den Zugang zu HIV-Tests zu verbessern, ohne die drei Grundsätze aufzugeben und es ist einfacher zu erreichen, dass die Menschen sich nachhaltig an HIV-Prävention und Behandlung beteiligen, wenn diese drei Grundsätze eingehalten werden.

- ▶ Darüber hinaus müssen Anstrengungen zur Verbesserung des Zugangs zu HIV-Tests begleitet werden von viel stärkeren Anstrengungen zur Bekämpfung von Stigmatisierung und Menschenrechtsverletzungen, durch die die Menschen vor allem davon abgehalten werden, sich einem Test zu unterziehen. Außerdem muss dafür der Zugang zu antiretroviraler Behandlung und HIV-Prävention auf wissenschaftlicher Grundlage verbessert werden.
- ▶ Menschenrechtsaktivisten waren auch führend im Kampf für einen verbesserten Zugang zu Präventionsmaßnahmen auf wissenschaftlicher Grundlage. Sie bestanden darauf, dass die Regierungen Zugang zu Informationen, Kondomen, Nadeln, Substitution, Medikamenten, die eine Übertragung des Virus von der Mutter zum Kind verhindern, und Schutz vor Gewalt und Missbrauch von Eigentumsrechten mit dem Ergebnis einer stärkeren Gefährdung von Frauen sichern. Diese Forderungen entsprechen sowohl den Menschenrechten als auch den Ansprüchen einer wirksamen Vorbeugung auf wissenschaftlicher Grundlage.

"Warum haben Sie uns nicht gesagt, dass sie Bluter sind" fragte eine Krankenschwester in einem Lehrkrankenhaus im Zentrum von Toronto den Aktivisten James Kreppner, als er wegen einer mit Aids zusammenhängenden Erkrankung in den 1990er Jahren in der Klinik war. "Wir hätten Sie viel besser behandelt."

- Ann Silversides, 2003

8. Aids stellt ein einzigartiges Problem dar und erfordert eine einzigartige Lösung.

Mehr als jede andere Epidemie unserer Zeit fordert Aids verantwortungsvolles Handeln von den Regierungen. Tiefsitzende Ängste und Vorurteile im Zusammenhang mit Sex, Blut, Krankheit und Tod - und die Auffassung, dass HIV mit "abweichendem" oder "unmoralischem" Verhalten wie z.B. Sex außerhalb der Ehe, Sex zwischen Männern oder Drogenkonsum verbunden ist - führen jedoch dazu, dass Politiker davor zurückschrecken, sich mit der Epidemie zu befassen. Kontroverse Themen wie die geschlechtliche Gleichstellung und Sex unter Jugendlichen werden bei der globalen Beschäftigung mit

Aids vernachlässigt - nicht zuletzt, weil Frauen und Kinder nicht die politische Macht haben, die erforderlich ist, um zu erreichen, dass ihren Problemen eine hohe Priorität in der Politik eingeräumt wird. Demzufolge konzentrieren die Regierungen weiterhin knappe Zuwendungen auf HIV-Interventionsprogramme für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen. Das Gemeinsame UN-Programm zu HIV/Aids (UNAIDS) bezeichnete dieses Vorgehen als "ernsthafte Verschwendung von Ressourcen und Missachtung grundlegender Menschenrechte."

Mit den jetzt für HIV/Aids zur Verfügung stehenden erweiterten Ressourcen ist es endlich möglich, sich vorzustellen, dass Programme zur Behandlung von HIV mit solchen zur Vorbeugung gegen HIV zu einem integrierten, durchgängigen Spektrum von Leistungen unter Einhaltung der Menschenrechte verschmolzen werden. Leider wird ein solches ganzheitliches Vorgehen durch moralisierende Ansätze an HIV-Prävention verhindert. Diese errichten neue Barrieren auf dem Weg zu Informationen und Leistungen für die Menschen, die sie am meisten benötigen.

- Joseph Amon, 2006

9. Auf Rechten beruhende Ansätze zur HIV-Bekämpfung sind praktisch und funktionieren.

Auf der Achtung der Menschenrechte beruhende Ansätze zur HIV-Bekämpfung sind nicht abstrakt, sondern real, praktisch und kostengünstig. In Ländern wie Brasilien, in denen die Achtung der Menschenrechte im Mittelpunkt des Vorgehens gegen Aids steht, konnte die Epidemie eingedämmt oder ihre Ausbreitung verlangsamt werden. Zu den Beispielen für auf der Achtung der Menschenrechte beruhende Vorgehensweisen gegen HIV gehören folgende:

- ▶ Sicherung, dass nationale HIV-Programme Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen mit HIV oder Aids beziehungsweise Menschen, für die das Risiko einer solchen Infektion besteht, umfassen;
- ▶ Sicherung, dass Jugendliche vollen Zugang zu Informationen über HIV, zu sexueller und sozialer Erziehung, zu Kondomen und Leistungen bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten sowie zur Familienplanung haben;
- ▶ Investitionen in die Stärkung der Rechtsposition von Menschen mit HIV und Aids, so dass sie ihre Rechte kennen und sie einfordern können;
- ▶ Durchsetzen politischer Veränderungen zur Verringerung der Überbelegung von Gefängnissen, so dass Menschen nicht unrechtmäßig ins Gefängnis kommen und dass während der Haft die Gefährdung durch HIV wegen sexueller Gewalt und verunreinigte Nadeln verringert wird,
- ▶ Beseitigung rechtlicher und anderer Barrieren, die den Zugang zu Prävention und Behandlung auf wissenschaftlicher Grundlage für Konsumenten illegaler Drogen einschränken beziehungsweise verhindern;
- ▶ Einrichtung klarer Rechtsmittel zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung von Sexarbeiter(inne)n, homosexuellen Männern und anderen Randgruppen;
- ▶ Schaffung wirksamer Möglichkeiten zum Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt innerhalb und außerhalb der Ehe sowie Entschädigung für gesetzlich sanktionierte Diskriminierung beim Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten, Eigentum und Erbe.

Die Weigerung der Regierungen der meisten Entwicklungsländer, Kondome an Gefängnisinsassen auszugeben, führt dazu, dass sehr viele Menschen dem Risiko einer HIV-Infektion ausgesetzt sind. Diese Gefährdung wird durch Überbelegung der Gefängnisse und sexuelle Gewalt darin noch verschärft.

- Mark Heywood, 2004

10. Trotz schöner Worte fehlt es an ernsthaftem Vorgehen gegen HIV/Aids und für Menschenrechte.

Auf dem Papier haben die Menschenrechte einen festen Platz im Kampf gegen HIV. Die Regierungen, die im Jahr 2001 die Deklaration zum Engagement gegen HIV/Aids verabschiedeten, vereinbarten, gegen HIV und für Menschenrechte aktiv zu werden und bestätigten diese Verpflichtung fünf Jahre später. Allerdings wurden bisher kaum praktische Anstrengungen unternommen, um die Kosten nationaler Programme, die den Schutz der Menschenrechte für Menschen, die mit HIV und Aids leben, davon betroffen oder durch sie gefährdet sind, einzuschätzen, die Gelder bereitzustellen und die Programme umzusetzen.

- ▶ Noch 2003 hatte die Hälfte der Regierungen im subsaharischen Afrika noch keine Gesetze verabschiedet, mit denen insbesondere die Diskriminierung von Menschen mit HIV beziehungsweise Aids verboten wird.
- ▶ Trotz stark erhöhter finanzieller Zuwendungen für globale HIV- und Aids-Programme wurde wenig in Initiativen zum Schutz grundlegender Menschenrechte wie die folgenden investiert:
 - ▶ Kampagnen, die Menschen mit HIV und davon Betroffene über ihre Rechte informieren und ihnen Rechtsberatung anbieten;
 - ▶ HIV-bezogene Prüfungen nationaler Gesetzgebungen und Vollzugssysteme;
- ▶ Schulung bezüglich Diskriminierungsfreiheit, Vertraulichkeit und informierte Zustimmung für Mitarbeiter/innen in Gesundheitswesen, Polizei, Gerichten und für Sozialarbeiter/innen.
- ▶ Eintreten für die eigenen Rechte und Einbeziehung von Frauen, Jugendlichen, Menschen mit HIV, Drogenkonsumenten, Sexarbeiter(inne)n, homosexuellen Männern, Gefängnisinsassen und Migranten in nationale Aids-Programme, Koordinierungsstellen sowie Überwachungs- und Auswertungssysteme.
- ▶ Eine Untersuchung der Umsetzung der Deklaration zum Engagement gegen HIV/Aids, die 2004 in 14 Ländern durchgeführt wurde, schloss mit der Erkenntnis, dass "die Verletzung von Menschenrechten gefährdeter Bevölkerungsgruppen uneingeschränkt fortgesetzt wird und diesen Menschen der Zugang zu Leistungen und wirksamen Mitteln zur Vorbeugung gegen HIV-Infektionen und zu Aids-Medikamenten, die ihr Weiterleben sichern, verwehrt wird."
- ▶ Im Jahr 2003 sagte der UNO-Generalsekretär Kofi Annan "HIV-bezogene Menschenrechte können von den nationalen Regierungen, von Spendern und Menschenrechtsorganisationen nicht hoch genug eingeordnet werden."

Die Verwirklichung der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten Aller ist eine grundlegende Voraussetzung für die Verringerung der Gefährdung durch HIV/Aids.

- UNO-Generalversammlung, Sondersitzung zu HIV/Aids, Deklaration zum Engagement gegen HIV/Aids, Absatz 58

Webseiten:

Accion Ciudadana Contra el Sida (Venezuela)

Diese Webseite auf Spanisch enthält viel einschlägiges Material einschließlich eines Handbuchs zu HIV/Aids und Menschenrechten.

www.accsi.org

AIDS Law Project (Südafrika)

Zusammen mit der Webseite des Canadian HIV/Aids Legal Network stellt diese Seite die umfassendste Quelle für Informationen zu gesetzlichen und Menschenrechten bezüglich HIV/Aids dar.

www.alp.org.za

AIDS Law Unit of the Legal Assistance Centre (Namibia)

www.lac.org.na/alu/default/htm

AIDS Legal Network (Südafrika)

Diese Webseite enthält unter anderem *HIV/Aids and the Law: A Trainer's Manual (...und das Gesetz: Ein Schulungshandbuch* sowie Informationen zu einem weiteren Schulungshandbuch: *HIV/Aids & Human Rights: Towards a Supportive and Enabling Environment for Women, Children and Other Vulnerable Groups (... Menschenrechte: Hin zu einer förderlichen und befähigenden Umwelt für Frauen, Kinder und andere gefährdete Gruppen)*

www.aln.org.za

AIDS & Rights Alliance for Southern Africa (ARASA)

www.arasa.info/

Botswana Network on Ethics, Law, and HIV/AIDS (BONELA)

www.bonela.org

Canadian HIV/AIDS Legal Network

Zusammen mit der Webseite des Aids Law Project (Südafrika) stellt diese Seite die umfassendste Quelle für Informationen zu gesetzlichen und Menschenrechten bezüglich HIV/Aids dar. Alles Material liegt auf Englisch und Französisch vor, Einiges wird auch auf Spanisch, Russisch und in anderen Sprachen angeboten.

www.aidslaw.ca

Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (Deutschland)

Bundesverband der Aidshilfen in Deutschland
Interessenvertretung von Menschen mit HIV/Aids und von HIV/Aids bedrohter Gruppen

www.aidshilfe.de

Health Action AIDS (USA)

Ein Projekt von Physicians for Human Rights (Ärzte für Menschenrechte; www.phrusa.org) in Abstimmung mit Partners in Health (Partner für Gesundheit; www.pih.org). Diese Seite enthält einen Bereich zu HIV/Aids und Menschenrechten.

www.phrusa.org/campaigns/aids/index.html

Human Rights Watch

Die Webseite von Human Rights Watch enthält einen umfangreichen Bereich zu HIV/ Aids und Menschenrechten mit vielen Berichten und anderem Material zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der globalen HIV/Aids-Epidemie.

www.hrw.org

Hungarian Civil Liberties Union

Die HCLU (Ungarischer Verband für Bürgerrechte) hat unter anderem ein Buch zu HIV/Aids und Menschenrechten in Ungarn sowie eine Strategie zu HIV/Aids veröffentlicht. Die Webseite ist auf Ungarisch und Englisch.

www.tasz.hu

International Council of AIDS Service Organizations (ICASO)

Diese Webseite enthält Dokumente zu Themen, die mit HIV/Aids und Menschenrechten in Verbindung stehen, einschließlich eines Leitfadens für Anwälte zu den Internationalen Richtlinien zu HIV/Aids und Menschenrechten.

www.icaso.org

Lawyers Collective HIV/AIDS Unit (Indien)

www.lawyerscollective.org

Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte

Diese Webseite enthält einen Bereich, der HIV/Aids und Menschenrechten gewidmet ist, einschließlich einer "Einführung in HIV/Aids und Menschenrechte" sowie einer Liste von Dokumenten unter Einbeziehung von Resolutionen, allgemeinen Kommentaren und Berichten verschiedener UNO-Organisationen zu Themen, die mit HIV/Aids und Menschenrechten in Verbindung stehen.

www.ohchr.org/english/issues/hiv/index/htm

Open Society Institute Public Health Program

Die Initiativen des Open Society Institute Public Health Program umfassen Initiativen zu HIV/Aids, Tuberkulose, Schadensbegrenzung, palliativer Pflege, gesundheitlicher Betreuung von Roma, sexueller Gesundheit und Rechten, Gesetzen und Gesundheit, Medien für Gesundheit und den Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (Globaler Fond zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria).

www.soros.org/health

Program on International Health and Human Rights (USA)

Diese Webseite enthält eine Reihe von Publikationen und anderen Informationen zu HIV/Aids und Menschenrechten einschließlich eines Artikels mit dem Titel "HIV/AIDS and Human Rights in a Nutshell" (etwa: HIV/Aids und Menschenrechte kurz gefasst).

www.hsph.harvard.edu/pihhr/index.html

The Center for HIV Law and Policy (USA)

www.hivlawandpolicy.org/

Uganda Network on Law, Ethics and HIV

www.uganet.org

UK AIDS and Human Rights Project

Diese Webseite enthält unter anderem eine Reihe von Informationsblättern mit Fakten zu HIV/Aids und Menschenrechten sowie zu HIV/Aids und den Rechten Gefangener.

www.aidsrightsproject.org.uk

Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS)

Diese Webseite enthält einen Bereich zu HIV/Aids, Menschenrechten und Gesetzen. Hier wird erläutert, warum Menschenrechte so wichtig sind für eine erfolgreiche Bekämpfung von HIV/Aids und es sind Links vorhanden zu vielen von UNAIDS und der UNAIDS Global Reference Group on HIV/AIDS and Human Rights angebotenen Seiten, die sich mit HIV/Aids und Menschenrechten befassen.

United Nations Development Programme (UNDP)

Diese Webseite enthält Material zu Menschenrechten und HIV/AIDS einschließlich einer Diskussionsschrift zu Menschenrechten, Geschlecht und HIV/Aids, die für das Spitzentreffen der UN-Generalversammlung zu HIV/Aids im Jahr 2006 verfasst wurde.

www.undp.org/hiv/focus03.htm

World Health Organization (WHO)

Diese Webseite enthält Informationen zur Arbeit der WHO zu Gesundheit und Menschenrechten sowie eine Reihe von Publikationen zu diesem Thema.

www.who.int/hhr/en/

Zambia AIDS Law Research and Advocacy Network (ZARAN)

www.zaran.org

Copyright ©2007 Open Society Institute. Alle Rechte vorbehalten.

Menschenrechte und HIV/Aids: Jetzt erst recht wurde gemeinsam produziert von den 25 Organisationen, die das Open Society Institute unterstützen.

Zweite Ausgabe, September 2007

Für weitere Informationen können Sie sich wenden an:

Law and Health Initiative

Public Health Program

Open Society Institute

400 West 59th Street

New York, NY 10019 USA

Sie können diese Forderungen unterstützen, in dem Sie sich auf der folgenden Webseite eintragen:

www.soros.org/initiatives/health/focus/law

Jetzt erst recht wurde im Original verfasst von Ralf Jürgens und Jonathan Cohen und beruht auf früheren Arbeiten vieler Organisationen einschließlich AIDS Law Project, Human Rights Watch und Canadian HIV/AIDS Legal Network. Die Autoren bedanken sich bei Joseph Amon, Joanna Csete und Mark Heywood, sowie all denen, die Kommentare zur ersten Ausgabe dieses Artikels geliefert haben und allen, die vielfältige andere Beiträge dazu geleistet haben. Zu ihnen gehören Volha Baraulia, Theodore de Bruyn, Richard Elliott, Françoise Girard, Sofia Gruskin, Sai Jahann, Whitney Johnson, Ari Korpivaara, Kasia Malinowska-Sempruch, der verstorbene Jonathan Mann, Kevon Moody, Rebecca Schleifer, Sue Simon, Susan Timberlake und Daniel Wolfe.

Gestaltung: Andiron Studio

Übersetzung: Lost in Translation, Berlin

Produktion:

Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Wilhelmstraße 138

10963 Berlin

T: +49 30 69 00 87 – 0

Fax: +49 30 69 00 87 42

www.aidshilfe.de

Die folgenden Organisationen haben diese Deklaration verabschiedet:

